



Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	19.07.2018

TOP 13. Unterstützungsunterschriften "Lebenswerte Insel Norderney"

RV Hahnen erteilt - wie beschlossen - einer Sprecherin der Bürgerinitiative, Frau Judel, das Wort. Frau Judel gibt folgende Stellungnahme ab: „Es muss dringend Wohnraum für Norderneyer geschaffen werden. Die Stadt ist auch schon auf dem richtigen Weg mit den Neubauten an der Ecke Mühlen-/Benekestraße und auch An der Mühle. Unserer Meinung nach sollte nur dort gebaut werden, wo bereits Bebauungspläne existieren, und nicht auf Naturflächen, die noch nicht als Bauland ausgewiesen sind. Die Vermietung muss in der Hand der Kommune bleiben – zu Preisen, die Arbeitnehmer, die auf Norderney wohnen und arbeiten möchten, bezahlen können. Stadtnahes Grün ist wichtig für das Klima in der Stadt. Grüne Flächen müssen in einer Stadt erhalten werden. Wir wollen keine Verdichtung der Bebauung in einem umbauten Innenbereich in der Innenstadt. Wir wollen verhindern, dass durch eine Genehmigung dieses Bauvorhabens weitere grüne Flächen in ähnlicher Lage dann auch noch verschwinden und dadurch die Attraktivität unserer Insel sicherlich abnimmt.

Wir wollen die Politiker darauf aufmerksam machen, dass es reicht für die lebenswerte Insel Norderney. Wir haben schon jetzt zu wenig Wohnraum für Norderneyer. Unsere Insel ist voll. Das meinen sogar über 700 Gäste, die uns mit ihrer Unterschrift im letzten Jahr unterstützt haben. Wir weisen darauf hin, dass wir über 1.500 Unterschriften gegen das Bauprojekt von Herrn Bergmeyer erhalten haben. Es gibt noch nicht eine Unterschrift für dieses Projekt. Außer dem ehemaligen Eigentümer des Grundstücks, dem jetzigen Eigentümer, Herrn Bergmeyer, und einer Immobilienhändlerin hat sich noch niemand öffentlich für dieses Projekt ausgesprochen. Deshalb verstehen wir nicht, weshalb Sie als gewählte Vertreter der Bürger dieses Projekt eines Investors unterstützen wollen. Wir haben immer das Gespräch mit den Ratsmitgliedern gesucht. Aber leider bestand Ihrerseits häufig kein Interesse oder es lag Zeitmangel vor. Deshalb haben wir dann den schriftlichen Weg gewählt, was hier und dort zu Unmut geführt hat, um Ihnen mitzuteilen, dass es höchste Zeit ist für eine Wende. Wir alle müssen achtsam mit unserer Insel und der Natur umgehen. Der Ausverkauf unserer Insel muss gestoppt werden. Norderney soll eine lebenswerte Insel bleiben und nicht zugebaut werden wie Sylt.“

Während der Stellungnahme von Frau Judel werden von Mitgliedern der Bürgerinitiative drei Transparente hochgehalten mit der Aufschrift: „Für stadtnahes Grün“, „Keine Verdichtung der Bebauung“ und „Kein weiterer Ausverkauf unserer Insel“.

BM Ulrichs erläutert kurz die Verwaltungsvorlage und den bisherigen Verlauf der Angelegenheit.

1. stellv. BM Padberg macht darauf aufmerksam, dass der Bundes-Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Robert Habeck, kürzlich eine Baupflicht für brachliegende Flächen in Stadtbereichen gefordert habe, wo es zu wenig Mietraum gebe.

BG Wehlage plädiert erneut für eine Einwohnerbefragung. BG Terfehr macht darauf aufmerksam, dass in der Verwaltungsvorlage der Punkt „Finanzielle Auswirkungen“ nicht ausgefüllt sei. BM Ulrichs antwortet, dass er adhoc nicht die Kosten für eine Einwohnerbefragung nennen könne. Voraussichtlich werde eine Befragung wenige Tausend Euro kosten.

RM Moroni stellt den Antrag, zu beschließen, dass das Bauleitverfahren wie gesetzlich vorgegeben fortgeführt werden solle. Er ist darüber hinaus der Meinung, dass die Beschlussvorlage unzureichend sei. Über eine Einwohnerbefragung dürfe nur dann abgestimmt werden, wenn die Sachfrage, über die abgestimmt werden soll, konkret bestimmt sei. Dies sei hier nicht der Fall. Vielmehr solle die Festschreibung der Sachfrage in einem Folgeprozess durchgeführt werden. Die in der Vorlage genannte Alternative sei im Übrigen längst umgesetzt worden. Ursprünglich seien 30 Wohnungen geplant gewesen. Im Zuge des Bauleitverfahrens seien sie auf 20 Wohnungen reduziert worden.

BM Ulrichs weist darauf hin, dass nicht jeder, der sich für eine Einwohnerbefragung ausspreche, zwangsläufig gegen eine Bebauung des Grundstücks sei. Er glaube, dass es auf der Insel eine Mehrheit für das Bauprojekt gebe.

RV Hahnen meint, dass längst beschlossen worden sei, das Bauleitverfahren weiterzuführen. RM Moroni zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Beschluss

Der Rat der Stadt Norderney beschließt, über die grundsätzliche Fragestellung, ob das ehemalige Namuth-Grundstück bebaut werden soll gem. § 35 NKomVG, eine Einwohnerbefragung durchzuführen. Der genaue Wortlaut der Fragestellung sowie das Prozedere für eine solche Befragung (s. o.) ist noch abzustimmen.

5 Stimme/n dafür

9 Stimme/n dagegen

1 Enthaltung